

AGEG-Resolution zur Kohäsion und territorialen Zusammenarbeit nach 2027

Der AGEG-Vorstand traf sich am 5. Juli in Gronau und debattierte unter anderem über die Zukunft der europäischen Kohäsion und territorialen Zusammenarbeit nach der aktuellen Programmperiode 2021-2027.

Im Folgenden finden Sie den Text der EntschlieÙung, die von der AGEG-Mitgliederversammlung am 24. Oktober 2024 in Trysil, Bezirk Innlandet (Norwegen), ratifiziert wurde. Diese EntschlieÙung ist ein offenes Dokument, zu dem die AGEG-Mitglieder ermutigt wurden, einen Beitrag zu leisten, und sie kann immer noch diskutiert werden. Das Ziel ist es, Argumente zu liefern, um politische Entscheidungsträger und die Öffentlichkeit während Online- und Vor-Ort-Treffen oder über die Medien anzusprechen.

Der Vorstand der AGEG hat in einer wichtigen Sitzung am 5. Juli 2024 in den Räumlichkeiten der EUREGIO in Gronau-Glanerburg die folgende Resolution vorgelegt, die von der AGEG-Mitgliederversammlung am 24. Oktober 2024 in Trysil ratifiziert wurde. Dies ist eine Antwort auf die laufende Debatte über die Zukunft der europäischen Kohäsionspolitik, mit besonderem Augenmerk auf den territorialen Zusammenhalt (Europäische Territoriale Zusammenarbeit), und ist von entscheidender Bedeutung im Zusammenhang mit der Kohäsionspolitik nach 2027.

Unsere Haltung zur **Kohäsion** ist entschlossen und unerschütterlich. Wir betrachten dieses wichtige EU-Investitionsinstrument als grundlegend für die Förderung von ausgewogenem Wachstum und Wohlstand in allen EU-Gebieten, das allen Regionen und Städten Vorteile bringt, indem es das Wirtschaftswachstum, die Schaffung von Arbeitsplätzen, die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen, die nachhaltige Entwicklung und den Umweltschutz fördert. Sie wurde bei der Gründung der Europäischen Gemeinschaften verankert und in den folgenden Jahrzehnten gestärkt. Sie ist kein veraltetes Relikt, sondern eine zeitgemäÙe Politik, die ein bedeutendes Erbe und eine vielversprechende Zukunft für die gemeinsame Entwicklung aller europäischen Gebiete mit sich bringt, insbesondere derjenigen, die mit größeren Herausforderungen konfrontiert sind, wie grenzüberschreitende und ländliche Gebiete, Regionen, die sich in der industriellen oder energetischen Umstellung befinden, sowie Regionen, die mit ernststen umweltbedingten oder demografischen Herausforderungen konfrontiert sind.

In diesem Sinne haben wir uns in enger Zusammenarbeit mit den EU-Institutionen und anderen europäischen lokalen und regionalen Gebietskörperschaften (LRG) aktiv an der Präsentation der Errungenschaften der Kohäsion beteiligt und werden dies auch weiterhin tun. Diese kollektive Anstrengung wird durch die #CohesionAlliance gebündelt und spiegelt unser gemeinsames übergreifendes Ziel wider. Besonders hervorzuheben ist der Gemeinsame Aufruf der europäischen Regionen und Städte für eine erneuerte Kohäsionspolitik nach 2027, die niemanden zurücklässt, der von 111 Regionen aus 15 Mitgliedstaaten während des Europäischen Gipfels der Regionen und Städte am 17. und 18. März in Mons angenommen wurde und in dem ernste Bedenken und Widerstand gegen ein zentralisiertes Modell zur Verwaltung des mehrjährigen EU-Haushalts zum Ausdruck gebracht werden.

Der einzigartige Beitrag der AGEG liegt in der Bedeutung der **Europäischen Territorialen Zusammenarbeit** für die Verwirklichung einer der Säulen des europäischen Zusammenhalts.

Es war eine Herausforderung, diese dritte Komponente vor einigen Jahren in die Kohäsionspolitik aufzunehmen, aber sie ist zu einem Standard geworden (siehe den 9. Bericht über den wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt, der von der Europäischen Kommission am 27. März 2024 veröffentlicht wurde), aber das sollte nicht als selbstverständlich angesehen werden, wie es bei vielen Annahmen über die EU der Fall ist. Dennoch zeigt der 9. Kohäsionsbericht, dass die Kohäsionspolitik eine nachhaltige und rasche Reaktion auf die zahlreichen Krisen ermöglicht, mit denen Europa derzeit konfrontiert ist.

Zunächst einmal prangern wir die Gefahr an, „am Erfolg zu sterben“: Alle sind sich über den sehr positiven Beitrag der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zur europäischen Integration einig, aber nach jeder Debatte über den künftigen EU-Finanzrahmen ist das übliche Ergebnis ein neuer Angriff auf **die mageren Mittel, die für die Europäische Territoriale Zusammenarbeit übrigbleiben**. Bei Interreg geht es darum, Menschen und Akteure über Grenzen hinweg zu verbinden, aber wir müssen auch kleine grenzüberschreitende Infrastrukturen und andere grenzüberschreitende öffentliche Dienstleistungen finanzieren oder andernfalls die territorialen/grenzüberschreitenden Ansätze in anderen EU-Politiken und vielen nationalen Politiken verstärken.

Es ist sehr wichtig, die **Errungenschaften der Europäischen Territorialen Zusammenarbeit und des territorialen Zusammenhalts** außerhalb der üblichen „Blasen“ zu kommunizieren, vor allem **gegenüber den Mitgliedstaaten**. Die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften müssen einen ehrlichen Austausch mit den Mitgliedstaaten führen, um über die nationale Souveränität und die europäische Integration zu sprechen und sich auf den Grad der Integration zu einigen, den wir erreichen wollen. In multilateralen, europäischen oder globalen Angelegenheiten überwiegt die nationale Mentalität, und das ist nicht sehr hilfreich. Um die aktuellen Herausforderungen zu bewältigen, brauchen wir ein stärkeres Europa ohne komplexe, aber auch ehrgeizige europäische Politiken (und Haushalte).

Um diesen sehr anspruchsvollen Integrationsprozess erfolgreich zu bewältigen, sollten die Mitgliedstaaten ihre Souveränität stärker nach oben (an die EU-Institutionen) und weiter nach unten (**Dezentralisierungsprozesse**) abgeben und dabei die Notwendigkeit einer Rationalisierung der grenzüberschreitenden Governance-Mechanismen berücksichtigen. Die zunehmende Zentralisierung der EU-Fonds bedroht die Kohäsion der europäischen Gebiete und untergräbt das Subsidiaritätsprinzip, das für die europäische Integration grundlegend ist. Sie gefährden auch die Entwicklung einer effektiven Multi-Level-Governance.

Die Europäische Territoriale Zusammenarbeit sollte in die meisten EU-Politiken **integriert** oder zumindest in Betracht gezogen werden, insbesondere in den Bereichen, die die Mobilität und die öffentlichen Dienstleistungen betreffen, einschließlich Gesundheitswesen, Arbeitsmarkt, Infrastruktur und Verkehr usw. Darüber hinaus sollte es für einige spezifische Aspekte eine spezielle Regelung geben, wie z. B. ein europäisches Statut für grenzüberschreitende Arbeitnehmer.

Ein stärkerer Schwerpunkt sollte auf den **Aufbau von Kapazitäten** gelegt werden, mit Anreizen für den Austausch und die Umsetzung bewährter Verfahren.

Die meisten Stakeholder scheinen eine größere **thematische Flexibilität**, die Beibehaltung des derzeitigen Niveaus der **EU-Kofinanzierung** oder eine leichte Erhöhung, die weitere Entwicklung **vereinfachter Kostenoptionen** und das **gemeinsame Überwachungssystem** zu begrüßen. Die zunehmende Zentralisierung der Programmverwaltung sollte jedoch durch eine **stärkere Dezentralisierung** und eine stärkere Beteiligung der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften abgelöst werden.

Es gibt immer noch Hindernisse für erfolgreiche grenzüberschreitende Projekte innerhalb des EU-Binnenmarktes. Es gibt noch viele **rechtliche und administrative Hindernisse für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit** (siehe *b-solutions cases*). Auch hier wäre ein europäischer Ansatz erforderlich (das vorgeschlagene CB-Tool). Dies wäre äußerst nützlich, um grenzüberschreitende Maßnahmen zu fördern, um z. B. öffentliche Dienstleistungen abzudecken, wenn es um öffentliche Ressourcen geht, um neue grenzüberschreitende Ansätze zu entwerfen, grenzüberschreitende Infrastrukturen, Austausch, Mobilität usw. zu erleichtern, und zwar an vielen Orten, an denen unkoordinierte Regelungen immer noch enorme Hindernisse darstellen. *b-solutions* bietet eine wachsende Datenbank mit Belegen. Ohne diese Hindernisse und mit einer stärker integrierten Vision würden viele grenzüberschreitende Maßnahmen langanhaltende Engpässe beseitigen und den Zugang zu allen Dienstleistungen für alle erleichtern, während sie gleichzeitig wirtschaftlich effizienter wären.

Die Europäische Territoriale Zusammenarbeit ist bereits in vielerlei Hinsicht eine Erfolgsgeschichte, aber sie ist weder spontan noch selbsttragend. Sie muss gepflanzt, gedüngt, bewässert und gepflegt werden, damit die Bürgerinnen und Bürger letztendlich davon profitieren können. Eine **bessere Sichtbarkeit, einschließlich Forschung, um die tatsächliche Wirkung** von grenzüberschreitenden Projekten nach fast 35 Jahren Interreg zu zeigen, sollte jedoch weiter gefördert werden. Dies könnte auf der Grundlage von Datenbanken wie KEEPP von Interact oder der von ESPON entwickelten CPS-Datenbank erfolgen. Es gibt noch viel mehr Belege, und die Auswirkungen der zunehmenden Praktiken mit einem hohen EU-Mehrwert, wie z. B. **People-to-People-Projekte und Kleinprojektfonds (P2P & KPF)**, sollten ebenfalls sichtbarer gemacht werden. Es ist wichtig zu betonen, dass P2P und KPF in den Verordnungen zur Europäischen Territorialen Zusammenarbeit verankert bleiben sollten, einschließlich ihrer dezentralisierten Verwaltung und einfachen Verwaltungsoptionen.

Die **maritime Zusammenarbeit** und die **Regionen in äußerster Randlage** sollten aufgrund ihrer besonderen Herausforderungen und Möglichkeiten besonders gefördert werden. Transnationale und interregionale Programme könnten in dieser Hinsicht eine stärkere Rolle spielen.

Die Entwicklung **makroregionaler** Strategien und ihre Koordinierung mit transnationalen Ansätzen war in den meisten Fällen eine fruchtbare Übung. Sie sind sehr gute Laboratorien für Multi-Level-Governance, und sie sollten diesen Fokus nicht verlieren und den koordinierten Initiativen der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften mehr Aufmerksamkeit schenken. Auch die nationalen Behörden sollten sich stärker engagieren, nicht nur bei der Entscheidungsfindung, sondern auch durch die Bereitstellung eigener Mittel und einen großzügigeren Ansatz. Eine stärkere Zusammenarbeit mit unseren unmittelbaren Nachbarn, einschließlich des Vereinigten Königreichs und der Mittelmeerländer, sollte gefördert werden.

Bei sehr **komplexen Herausforderungen** wie dem umweltfreundlichen und digitalen Wandel sollten sowohl erfolgreiche Erfahrungen als auch Misserfolge sorgfältig geprüft werden. In diesem Sinne sind Vernetzung, Erfahrungsaustausch und Benchmarking Schlüsselfragen. Auch hier wäre ein stärkerer Mehr-Ebenen-Fokus in grenzüberschreitenden Regionen erforderlich, der die europäische, nationale und subnationale Ebene koordiniert, ohne die grenzüberschreitende Perspektive zu verlieren (die grenzüberschreitende Koordinierungsstellen, die im geänderten Vorschlag der Kommission für ein grenzüberschreitendes Instrument vorgeschlagen werden, könnten hier eine außerordentliche Rolle spielen).

Weitere **Synergien** zwischen den verschiedenen Elementen der Interreg-Familie sollten gefördert werden, zum Beispiel im Hinblick auf Mainstreaming-Programme, wie bereits oben hervorgehoben wurde. INTERACT, ESPON und URBACT können eine stärkere Rolle bei der derzeitigen Förderung von Kapazitäten und Forschung sowie anderen Dienstleistungen spielen, um die Entwicklung solider Europäischer Territorialer Zusammenarbeit fortzusetzen.

Wir sollten auch weiterhin die aktuellen und sehr wertvollen Instrumente wie die **EVTZs** fördern. Ihre Kombination mit **neuen Instrumenten**, wie dem vorgeschlagenen zur Erleichterung von grenzüberschreitenden Lösungen, wäre äußerst nützlich für die Umsetzung einer ehrgeizigeren Europäischen Territorialen Zusammenarbeit im Rahmen einer ehrgeizigeren Kohäsionspolitik. Dies kann nur mit einer starken Koordination mit der Europäischen Kommission (nicht nur REGIO) und dem Europäischen Parlament (nicht nur REGI) und einem besseren Verständnis der Kohäsionspolitik durch die Mitgliedstaaten (den Rat) erreicht werden.

Deshalb hat das Vorstand der AGEg auf seiner Sitzung am 5. Juli 2024 in Gronau-Glanerburg (DE/NL) einstimmig beschlossen, eine klare Position zu vertreten und an die EU-Institutionen zu appellieren, den europäischen Zusammenhalt zu schützen und die territoriale Zusammenarbeit zu stärken:

1. Die AGEg spricht sich entschieden gegen eine weitere Zentralisierung der Verwaltung der Kohäsionsfonds aus und verteidigt nachdrücklich die Stärkung der Zusammenarbeit zwischen den Regionen, insbesondere denjenigen, die an den nationalen Grenzen liegen.
2. Sie setzt sich für Bottom-up-Ansätze und Multi-Level-Management-Modelle ein, die regionale und lokale Behörden und Institutionen der territorialen Zusammenarbeit einbeziehen.
3. Der kommende Mehrjahreshaushalt der EU muss das historische Erbe der Kohäsionspolitik bewahren, indem er ein dezentralisiertes Modell beibehält, das eine starke Beteiligung der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften gewährleistet und die entscheidende Rolle der Gebietskörperschaften bei der Förderung der Bürgernähe und der Verringerung der territorialen Ungleichheiten anerkennt.
4. Er bekräftigt die Positionen, die andere europäische Netzwerke bereits autonom oder im Rahmen der Kohäsionsallianz eingenommen haben, und unterstützt insbesondere die Position des Europäischen Ausschusses der Regionen, der sich für eine verstärkte Europäische Territoriale Zusammenarbeit im Rahmen einer verstärkten europäischen Kohäsionspolitik einsetzt.

5. Aus der Umsetzung aller Interreg V-Stränge und den derzeitigen Erfahrungen mit Interreg VI sollten Lehren gezogen werden, um zu optimieren, was gut läuft und was schief läuft: Warum ist es so schwierig, grenzüberschreitende ITIs und CLLD zu etablieren? Warum schneiden einige Grenzen bei den Kleinprojektfonds besser ab als andere? Setzen die Interreg-Programmbehörden den ortsbezogenen Ansatz gut um? Und wie sieht es mit der Subsidiarität aus?
6. Wie auf institutioneller Ebene mit der von der EU 2015 eingeleiteten Überprüfung der grenzübergreifenden Zusammenarbeit und ihren Ergebnissen - dem *Border Focal Point* und einer Reihe von Studien, Pilotaktionen und Initiativen zur Förderung der grenzübergreifenden Zusammenarbeit, wie *b-solutions* oder *IVY (Interreg Volunteer Youth)*, oder den neuen Vorschlägen für Instrumente, dem verstärkten Fokus auf Außengrenzen, Notfall-, Gesundheits- und anderen öffentlichen Diensten usw. - gibt es eine wachsende Zahl von Forschungsarbeiten über die Europäische Territoriale Zusammenarbeit, die integrierte Erkenntnisse über die Umstände, Bedürfnisse und Auswirkungen des Territoriums, auch der Grenze, auf das Leben der Bürger liefern. All dies verdeutlicht die verbleibenden, sich verändernden und neuen Herausforderungen in Grenzgebieten und anderen territorialen Gebieten wie Regionen in äußerster Randlage, Berg- oder Inselregionen, die verstärkte Ansätze (und Finanzmittel) durch eine verstärkte europäische Kohäsionspolitik benötigen würden.
7. Die AGEG stärkt weiterhin die Zusammenarbeit zwischen Wissenschaftlern, Forschern und Praktikern, um die bestmöglichen, auf Fakten basierenden Informationen zu produzieren, die in die laufenden Initiativen zur Integration aller verfügbaren Informationen in eine einzige Plattform einfließen, um diese enormen Mengen an Inputs zu verarbeiten und wertvolle Empfehlungen zu erarbeiten, die die politischen Entscheidungsträger bei ihren Entscheidungen, die die Grenz- und grenzübergreifenden Regionen betreffen, beraten. Wir integrieren auch die von den AGEG-Projekten produzierten Informationen und stellen sie der wissenschaftlichen Gemeinschaft zur Verfügung.
8. Ein territorialer Ansatz in den meisten EU-Politiken innerhalb und außerhalb der EU, einschließlich der Einbeziehung von EU-Nachbarn wie dem Vereinigten Königreich in Programme der territorialen Zusammenarbeit, sollte gefördert werden.

Ratifiziert von der AGEG-Mitgliederversammlung, Trysil, 24. Oktober 2024